



## Demographietyp G2<sup>1</sup>: Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel

Insgesamt sind diesem Cluster<sup>2</sup> 19 Städte zugeordnet.

Die Beschreibung der Handlungsempfehlungen für diesen Demographietyp stellt einen Orientierungsrahmen für die Kommunen dar. Sie basieren auf einer Analyse der charakteristischen Ausprägung sozio-ökonomischer und demographischer Indikatoren. Dies ersetzt nicht die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune. Spezifische Strategien müssen vor Ort entwickelt werden.

**Ansprechpartner Bertelsmann Stiftung:** Carsten Große Starmann und Petra Klug

### 1. Räumliche Einordnung

Die 19 Kommunen sind typischerweise altindustriell geprägte Großstädte und liegen überwiegend in Nordrhein Westfalen, konzentriert im Ruhrgebiet. Lediglich vier Städte liegen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein: Lübeck, Salzgitter, Hildesheim und Bremerhaven.

Die Großstädte befinden sich überwiegend zentralräumlich, inmitten des europäischen Siedlungs- und Verkehrskorridors, und konzentrieren sich vor allem auf die Metropolregion Rhein-Ruhr. Die Verteilung nach Größenklassen entspricht weitgehend dem Muster aller Großstädte in Deutschland. Die größten Städte sind Essen und Dortmund mit jeweils knapp 590.000, die kleinste ist Witten mit rund 102.000 Einwohnern.

<sup>1</sup> Die Demographietypen der Großstädte-Clustergruppe (Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern) sind mit G1 bis G6 im Online-Wegweiser gekennzeichnet.

<sup>2</sup> Die Begriffe „Cluster“ und „Demographietyp“ werden im Text synonym verwendet.

## 2. Charakteristische Entwicklungen

Die Kommunen des Großstädte-Clusters 2 sind klassische schrumpfende Städte: Die Schrumpfung bezieht sich auf demographische wie auch auf wirtschaftliche Strukturprobleme. Die Werte liegen für nahezu alle Merkmale (deutlich) schlechter als der Durchschnitt aller Großstädte-Cluster der alten Bundesländer. Dies ist sowohl auf die natürlichen demographischen Entwicklungen und hier insbesondere auf die Alterung der Gesellschaft zurückzuführen als auch auf die Wanderungsverluste. Dabei wandern nicht nur Familien ab, sondern teilweise sogar die jungen Erwachsenen. Aufgrund des unterdurchschnittlichen Arbeitsplatzangebots sehen hier immer weniger Berufseinsteiger und Bildungswanderer eine berufliche Perspektive.

Hinzu kommen wirtschaftsstrukturelle Probleme. Die Großstädte befinden sich bereits seit Langem im Strukturwandel. Die Arbeitsplatzentwicklung war in den letzten Jahren rückläufig, die Arbeitslosigkeit ist überproportional hoch und die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sind für Großstädte (der alten Bundesländer) auffallend niedrig. Die wirtschaftlichen Potenziale werden auch in Zukunft eingeschränkt, da die Zahl der hoch qualifizierten Beschäftigten voraussichtlich sehr gering sein wird.

### **Deutlicher Bevölkerungsrückgang**

Kennzeichnend für die Städte dieses Clusters ist der deutliche Rückgang der Einwohnerzahlen. Schon in der Vergangenheit schrumpfte die Bevölkerung, und perspektivisch ist mit noch größeren Verlusten zu rechnen. Bereits zwischen 1996 und 2003 ging die Zahl deutlich um durchschnittlich 3,4 Prozent zurück, und auch zukünftig verzeichnen sämtliche Großstädte des Clusters einen Bevölkerungsrückgang. In 14 der 19 Großstädte nimmt die Bevölkerung um mehr als fünf Prozent ab, in fünf Städten sogar um zehn Prozent und mehr.

Dies ist auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung und auch auf die negativen Wanderungsbewegungen zurückzuführen. Die Haushaltsstruktur gleicht in etwa dem Mittel aller untersuchten Städte über 100.000 Einwohner. Jedoch ist der Anteil der Einpersonenhaushalte etwas niedriger und der der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder etwas höher. Der Anteil ausländischer Haushalte ist der geringste unter den Cluster-Typen der alten Bundesländer.

### **Ausgeprägte Alterung der Gesellschaft**

Die Alterungsprozesse sind stark ausgeprägt. So liegt die Altersgrenze, die die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, im Jahr 2003 verglichen mit allen anderen Clustern der alten Bundesländer mit fast 42 Jahren am höchsten. Diesen Wert des Medianalters werden die prosperierenden Wirtschaftszentren des Großstädte-Clusters 4 voraussichtlich erst 2020 überschreiten; er wird aktuell nur noch von den schrumpfenden und alternden ostdeutschen Städten des Großstädte-Clusters 3 überboten (43 Jahre).

Der deutliche Alterungsprozess ist jedoch weniger auf fehlende Geburten oder wenige Kinder und Jugendliche zurückzuführen. Die Geburtenrate ist sogar überdurchschnittlich gut, und sowohl die aktuellen als auch die zukünftigen Anteile der unter 18-Jährigen (bis 2020) liegen leicht überproportional im Vergleich aller Großstädte-Cluster.

Stark ausgeprägt ist jedoch der Anteil der Senioren in der Gesellschaft. Während der Anteil der 60-Jährigen bereits heute um 1,5 Prozent höher liegt als der Durchschnitt aller Großstädte-Cluster (von 25 Prozent), werden 2020 nahezu ein Drittel der Einwohner älter als 60 Jahre sein. Damit wird der Wert voraussichtlich bereits um 2,5 Prozent höher liegen als der Durchschnitt (von 30 Prozent). Gleichzeitig wird sich der Anteil der über 80-Jährigen nahezu verdoppeln und dann gut acht Prozent betragen. Die Alterungsprozesse verlaufen auch deshalb relativ schnell, weil es keine ausreichende Zuwanderung junger Erwachsener gibt, die den Prozess verlangsamen könnte.

### **Untypische Wanderungsmuster**

Bei der Betrachtung der Wanderungsverluste fällt auf, dass im Durchschnitt nicht nur Familien aus den Großstädten wegziehen. In manchen Städten liegen auch bei den 18- bis 24-Jährigen Wanderungsverluste vor. So verzeichnen nur 16 der 19 Städte überhaupt Wanderungsgewinne in dieser Altersgruppe – und die sind meist sehr gering. Demnach suchen immer weniger dieser Berufseinsteiger und Bildungswanderer hier eine berufliche Perspektive.

Andererseits wandern relativ wenige Menschen aus der mittleren Generation zwischen 30 und 49 Jahren bzw. Familien mit Kindern bis zu 17 Jahren aus diesen Städten ab. Fast die Hälfte der Kommunen hat in dieser Altersgruppe sogar einen ausgeglichenen Wanderungssaldo. Das Muster entspricht damit nur in Ansätzen dem für Großstädte üblichen Bild.

### **Wirtschaft im strukturellen Wandel**

Die Arbeitsplätze in diesen Großstädten sind zu etwa zwei Dritteln im Dienstleistungsbereich und zu einem Drittel im verarbeitenden Gewerbe angesiedelt. Damit hat Letzteres im Vergleich zu den meisten anderen Großstädten eine relativ starke Position. Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist sehr gering. Die Strukturschwäche wird an verschiedenen Merkmalen deutlich. So ist die Arbeitsplatzentwicklung rückläufig. Dabei kam es zwischen 1998 und 2003 in vier der 19 Städte zu einem deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen zwischen sieben und zehn Prozent. Lediglich die Stadt Herne hat mit einem Zuwachs von 20 Prozent ein beachtliches Wachstum verzeichnet. Nur in acht der 19 Städte gibt es deutlich mehr Arbeitsplätze als Erwerbstätige in der Bevölkerung. Insbesondere im Ruhrgebiet wird die Funktion einiger Großstädte als regionale Zentren infrage gestellt, fünf Städte weisen dort sogar Auspendlerüberschüsse auf.

Die überproportional hohe Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 17 Prozent macht ebenfalls die Strukturschwäche deutlich. In 16 der 19 Städte liegt die Arbeitslosenquote über 15 Prozent. Die für Großstädte der alten Bundesländer sehr niedrigen kommunalen Steuer-

einnahmen von knapp 750 Euro pro Einwohner und Jahr verweisen auf erheblich eingeschränkte finanzielle Handlungsspielräume der Kommunen.

Trotz der guten Hochschullandschaft, die insbesondere im Ruhrgebiet unverkennbar ist, liegt der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten von 7,5 Prozent ebenso wie bei den „suburbanen“ Großstädten (acht Prozent) deutlich am unteren Ende aller Großstädte-Cluster; diese haben im Mittel zwölf Prozent Hochqualifizierte. Auch die Ausprägungen der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren, wie Besitz der oberen und unteren Einkommensgruppen, die durchschnittliche Kaufkraft ebenso wie die Erwerbstätigenquoten verweisen auf wirtschaftliche und soziale Probleme in diesen Städten.

### **Fokus Ruhrgebiet:**

Der demographische Wandel wird das Ruhrgebiet rascher und härter treffen als andere Regionen Nordrhein-Westfalens. Das Ruhrgebiet ist ein Vorläufer der gesamtdeutschen Entwicklung und kann als Laboratorium des demographischen Wandels bezeichnet werden. „Es ist nicht zuletzt durch die seit langer Zeit anhaltende Abwanderung von Erwerbstätigen und ihren Familien bereits vergleichsweise stark ‚gealtert‘ und läuft dadurch tendenziell der gesamtdeutschen demographischen Entwicklung um etwa 25 Jahre voraus“, beschreiben Prof. Dr. Christoph Schmidt und Dr. Uwe Neumann vom RWI in Essen die Situation. Dennoch gibt es auch im Ruhrgebiet starke demographische Disparitäten, die teilweise zu weit über die drängenden wirtschaftlichen Probleme der Region hinausgehenden Herausforderungen führen.

Aus den seit Jahren andauernden Wanderungsverlusten (insbesondere der Gruppe der Erwerbstätigen und ihrer Familien) resultiert eine ungünstige Altersstruktur, die für Großstädte absolut untypisch ist. In den meisten Ruhrgebietsstädten kommen mehrere negative Faktoren zusammen: Kinder und Jugendliche sowie die Gruppe der jüngeren Erwerbspersonen (bis etwa 40 Jahre) sind stark unterrepräsentiert. Der Anteil der über 60-Jährigen ist dagegen überdurchschnittlich groß. Diese Entwicklung wird sich bis zum Jahr 2020 verstärken. Der Bestand an Erwerbspersonen wird in dieser Region weiterhin überproportional abnehmen.

„Stadtregionen sind durch altersspezifische interne Wanderungsbewegungen gekennzeichnet, die eng mit der Siedlungsstruktur zusammenhängen“, so Schmidt und Neumann. Es gibt einerseits Stadtteile, in denen vorwiegend ältere, wohlhabende Menschen und wenig Kinder wohnen, und andererseits Gebiete, deren Bevölkerung deutlich jünger, dafür aber auch deutlich ärmer ist (wie in Essen und Gelsenkirchen). Im Ruhrgebiet zeigt sich zudem eine deutliche Segregation von Zuwanderern in der zweiten und dritten Generation. Sie zeigt sich durch eine überdurchschnittlich hohe Segregation in manchen Stadtteilen. Diese Entwicklungen erfordern viele Anstrengungen in den Bereichen Integration und Segregation. Die für das Cluster 2 entwickelten Handlungsansätze müssen im Ruhrgebiet mit oberster Priorität und in enger interkommunaler Zusammenarbeit bearbeitet werden.

### 3. Herausforderungen für die Kommunen im Demographietyp 2

Die demographischen Probleme hängen in den Städten des Clusters 2 grundlegend mit der wirtschaftlichen Strukturschwäche zusammen. Um sie zu lösen, müssen vornehmlich die wirtschaftlichen Herausforderungen angegangen und bewältigt werden.

Die größten ökonomischen Herausforderungen ergeben sich vor allem aus dem großen Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen, der zu einer starken Abwanderung bei den Berufseinsteigern und Bildungswanderern führt. Dies wiederum führt zu einem langfristig bedeutsamen Fachkräftemangel. Die ausbleibenden Wanderungsgewinne bei den jungen Erwachsenen können mittelfristig durch die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer und die Weiterbeschäftigung der „jüngeren“ Senioren kompensiert werden. Dabei sollten die Potenziale der Hochschulen besser genutzt werden: Über experimentelle Kooperationen zwischen Hochschulen und der Wirtschaft kann der Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft geebnet werden, wie es teilweise bereits geschieht (z. B. in der Stadt Dortmund).

Experimente sollten auch in anderen Themenfeldern gewagt werden, um eine neue Rolle im nationalen und internationalen Städtewettbewerb zu finden. Aus demographischer Sicht wird es vor allem darauf ankommen, einen Stadtumbau auf die Alterungsprozesse auszurichten und dabei die jeweiligen Standortqualitäten für eine langfristige Entwicklung herauszuarbeiten.

### 4. Handlungsempfehlungen für die Kommunen im Demographietyp 2

Auswirkungen des demographischen Wandels werden in den Großstädten in nahezu allen Feldern der Stadtentwicklung spürbar sein. Besonders im Fokus stehen dabei die Themen Bildung, zukunftsorientierte Seniorenpolitik, Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie eine demographiesensible Infrastrukturplanung.

Um den Wandel in den Großstädten zu bewältigen und aktiv zu beeinflussen, ist angesichts der Komplexität der Herausforderungen ein integriertes Stadtentwicklungsmanagement notwendig, dem ein kontinuierlicher Strategiezyklus zugrunde liegt:



Ziel ist es, den demographischen Wandel umfassend zu bearbeiten und im Dialog mit den lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Interessenvertretern, gesellschaftlichen Gruppen und Vertretern der Bürgerschaft, den kommunalen Entscheidern und den Fachressorts Maßnahmenpakete zu entwickeln. Diese müssen den spezifischen Handlungserfordernissen vor Ort gerecht werden. Dabei sind angesichts der Finanzsituation klare Prioritäten zu setzen.

In den Städten des Clusters 2 werden Schwerpunkte bei der Gestaltung des demographischen Wandels in den folgenden Handlungsfeldern gesehen:

### **1. Intensivierung der regionalen Wirtschaftsförderung als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität**

In Kooperation mit der Privatwirtschaft kommt es bei der regionalen Wirtschaftsförderung darauf an, Infrastrukturangebote, also Angebote im Verkehrs-, Kommunikations-, Bildungs- und Forschungsbereich sowie im Gesundheitswesen der Altersstruktur anzupassen. Folgende Punkte sollten in den Kommunen eine Rolle spielen:

- zielgruppenorientierte Qualifizierungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Arbeitnehmer sowie Angebote in der Nachwuchsförderung
- Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiativen als regionales Wettbewerbsinstrument
- Um der Abwanderung der Fachkräfte entgegenzuwirken, müssen Kooperation und Vernetzung zwischen Wirtschaft und Hochschulen intensiviert werden.

### **2. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik**

- die Bausteine einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik in die Praxis umsetzen, da die Alterung der Gesellschaft in diesen Großstädten besonders weit fortgeschritten ist (siehe Rubrik „Handlungskonzepte zu Politikfeldern“ im Online-Wegweiser)
- ältere Arbeitnehmer qualifizieren und junge Senioren länger beschäftigen, da das klassische Potenzial an Erwerbspersonen stark zurückgeht

### **3. Sozialer Segregation entgegenwirken und aktive Integrationspolitik betreiben**

Segregation und Integration gehören in nahezu allen Großstädten zu den wichtigsten kommunalen Handlungsfeldern. Das Ruhrgebiet ist davon besonders betroffen. Den absehbaren oder bereits spürbaren Folgen ist in den Städten aktiv zu begegnen – im Interesse der Menschen und auch des Wirtschaftsstandortes:

- sozial stabile und integrative Stadtpolitik etablieren und im Sinne ganzheitlicher Ansätze neu ausrichten

- sozialen Segregationsprozessen entgegenwirken durch Maßnahmen in Bildung, Sprachförderung, Partizipation und Städtebau (z. B. Bildungs- und Ausbildungs-offensive für junge Menschen in sozial benachteiligten Milieus)
- Zehn Handlungsempfehlungen für Integrationspolitik umsetzen (siehe Rubrik „Handlungskonzepte zu Politikfeldern“ im Online-Wegweiser)

#### **4. Kinder- und Familienfreundlichkeit – Chance für die Zukunft**

Entscheidend ist die umfassende und zielgruppenorientierte Umsetzung der Bausteine einer kinder- und familienfreundlichen Kommune (siehe Rubrik „Handlungskonzepte zu Politikfeldern“ im Online-Wegweiser). Dazu gehören:

- ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot auch in Schulen mit hohem Ausländeranteil
- durchgängige, verlässliche und flexible Betreuungsstrukturen, Beratungsangebote für Familien sowie qualitativ hochwertige Freizeiteinrichtungen
- ein qualitativ hochwertiges und sicheres Wohnumfeld sowie bezahlbarer Wohnraum, um die Attraktivität der Städte für mittelständische Familien zu erhöhen und
- eine Trendumkehr der abwandernden Familienhaushalte einzuleiten
- eine spezielle Förderung der Kinder aus sozial benachteiligten Familien

#### **Weiterführende Literatur:**

Schmidt, Christoph M.: „Champions League oder Provinztheater? – Chancen des Ruhrgebiets im Wettbewerb der Regionen“. National-Bank AG (Hrsg.): Geschäftsbericht 2004. Essen 2005. 98-113

Neumann, Uwe: „Ökonomisch-demographische Segregationsmechanismen – Aktuelle Befunde aus der Rhein-Ruhr-Region“. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Materialien 18. Essen 2005

Schmidt, Christoph M.; Uwe Neumann: „Strukturwandel und ökonomische Entwicklungsperspektiven des Ruhrgebiets – Ursachen und Folgen des demographischen Wandels“. vhw Forum Wohneigentum 3/Mai – Juli 04. 2004

Dezember 2005